

# Laibacher Zeitung.

Nr. 30.

Dinstag am 7. Februar

1854.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 kr. — Insetionsgebühren für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. Insetrate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November 1850 für Insetionshämpele“ noch 10 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

## Amtslicher Theil.

**S.** k. k. apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. December v. J. auf das Bestallungsdiplom des herzoglich nassau'schen Consuls in Wien, Anton Forsboom-Wrentano, das Allerhöchste Exequatur allergnädigst zu erteilen geruht.

Das Handelsministerium hat die von der Handels- und Gewerbekammer in Prag für das Jahr 1854 vorgenommene Wiederwahl des Kaufmanns J. W. Niedl zu ihrem Präsidenten, dann des Baumwollspinnereibesizers Franz Richter zu ihrem Vice-Präsidenten genehmigt.

Am 4. Februar 1854 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das VI. Stück des Reichsgesetzblattes v. J. 1854 ausgegeben und versendet werden.

Daselbe enthält unter Nr. 24. Verordnung des Finanzministeriums v. 26. Jänner 1854, gültig für die Kronländer, in welchen das Gesetz vom 2. August 1850 (R. G. Bl. v. J. 1850, Nr. 329) wirksam ist, — über die Frage, bei welchem Amte die nach dem Gesetze v. 2. August 1850 gebührenpflichtigen Rechtsgeschäfte und Amtshandlungen von den Behörden und Parteien anzuzeigen sind, und über die zu diesem Zwecke und zum Behufe der Gebührenbemessung erforderlichen Angaben und Befehle.

Nr. 25. Den Erlaß des Finanzministeriums vom 1. Februar 1854, in Betreff der Zollbefreiung des Roggens bei der Einfuhr in das lombardisch-venetianische Königreich und die Ausdehnung der Befreiung des Getreides vom Einfuhrzolle bis Ende Mai 1854.

Wien, 3. Februar 1854.  
Vom k. k. Redactions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

### XLIII. Verzeichniß

der im Herzogthume Krain eingegangenen Beiträge zum Baue eines das Andenken an die wunderbare Rettung Sr. k. k. apostol. Majestät verewigenden Gotteshauses in Wien.

Herr Joseph v. Redange, k. k. Bergbuchführer . . . . . fl. fr. d. 1 — —  
Hiezu die Summe aus dem 42. Verzeichnisse pr. . . . . 11.059 52 3

ergibt sich eine Totalsumme von . 11.060 52 3  
nebst den 5% Coupons einer krain. Grundentlastungs-Schuldverschreibung pr. 100 fl. vom 1. Mai 1853 bis einschließlich 1. November 1861, Einem 20 Frankenstücke, sieben k. k. Ducaten in Gold und 9¼ fr. altes Kupfergeld.

## Nichtamtlicher Theil.

### Orientalische Angelegenheiten.

Wien, 5. Februar. Der „Wanderer“ erhält vom Kriegeschauplatze folgende Nachrichten aus Krasjowa, 26. Jänner. Vorgestern sind sowohl vom russischen Consul von Uts-Dsowa über Cernes, als auch von Bukarest Couriere mit Depeschen für den Fürsten Gortschakoff, der gegenwärtig im Lager hin-

ter Bailesti sich befindet, eingetroffen, welche längstens bis 29. d. die Ankunft des Generallieutenants v. Schilder, Chef des gesammten russischen Geniewesens, anmelden. Auf Befehl des Kaisers sendet ihn Fürst Paskevitch eigens herber, um an Ort und Stelle über die Sachlage sich zu erkundigen und die von den Umständen gebotenen Verfügungen zu treffen. Es ist dieß, wie man auch russischer Seits nicht verheimlicht, eine Folge des höchst unangenehmen Eindrucks, den die Kämpfe vom 6.—10. Jänner in St. Petersburg und Warschau zurückgelassen haben. An die Ankunft dieses Mannes, eines der intelligentesten Offiziere der russischen Armee, knüpfen sich die verschiedenartigsten Conjecturen. Das Wahrscheinlichste ist, daß man über die Art und Mittel berathen wird, wie Kalafat um jeden Preis erstürmt werden könnte. Dahin zielen alle Anstalten und Vorbereitungen. Es unterliegt nunmehr keinem Zweifel, daß die Hauptaction gegen Kalafat nicht auf dem geraden Wege von Radovan dahin, sondern links davon von Bailesti aus geführt werden wird. Dadurch wird aber die Hauptstation bei Radovan nicht im geringsten aufgegeben, denn sie dominirt einen großen Theil der davon nach allen Seiten weithin sich entwickelnden Ebenen.

Nach den dem commandirenden General Fürsten Gortschakoff zugekommenen Berichten haben sich in der kleinen Walachei vom 11.—25. Jänner keine Kriegereignisse von Bedeutung zugetragen; auch sind größere Operationen oder Truppenbewegungen von Seite der Russen nicht vorgenommen worden. Die telegraphischen Depeschen über eine Schlacht bei Kalafat am 20. Jänner, mit dem Verluste von 12 Dupend türkischer Kanonen, dann über die retirirenden Bewegungen der Russen, berichtigen sich sonach von selbst.)

Nach Berichten aus Bukarest vom 26. Jänner haben am 24. türkische Streifcorps mittelst Barken an drei Punkten, in der Gesammtstärke von etwa 1500 Mann, und zwar bei Katosin, Rahowa und zwischen diesen beiden Ortschaften die Donau passirt, und nachdem sie sich vereinigt, das vor Ostroveni posirte Kosakenpiket angegriffen. Die Kosaken hielten sich tapfer gegen eine bedeutende Uebermacht, bis ihnen die aus Ostroveni herbeigekommenen Verstärkungen den Kampf erleichterten. Die Türken zogen sich mit Zurücklassung von drei Leichen zurück, nachdem das Gefecht etwa eine Stunde gedauert hatte.

Aus Galacz, den 25., wird gemeldet, daß am 22. abermals türkische Recognoscirungstruppen von Silistria aus über die Donau gegangen und bis gegen Kanesti vorgedrungen sind, dort aber von den Russen angegriffen und nach kurzem Gefechte zurückgedrängt wurden. Gleichzeitig haben auch von Turtukai aus etwa 500 Aruauten eine Recognoscirung an das jenseitige Ufer unternommen, wurden aber an der vollständigen Landung theils durch die eingetretene Ueberschwemmung der Donau, theils durch das heftige Feuer einer russischen Batterie gehindert.

Aus Borna schreibt man vom 24., daß daselbst die Cholera mit größter Heftigkeit ausgebrochen ist, und besonders die zahlreich anwesenden französischen, englischen und italienischen Gäste hinführt.

## Oesterreich.

Wien, 3. Februar. Sowohl in inländischen als in ausländischen Blättern wird wiederholt von bedeutenden Tabakblätter-Einkäufen Nachricht gegeben, welche die k. k. Regie im Auslande macht oder zu machen gedenkt. Wir wissen aus guter Quelle, daß der dießjährige Bedarf der k. k. Tabakfabriken durch die reiche Tabakernte in Ungarn und durch die bereits in Holland und der badischen Pfalz vollzogenen Einkäufe an Cigarren-Deckblättern mehr als hinreichend gedeckt ist, und weitere Einkäufe nicht beabsichtigt werden. (Dest. Spz.)

Ein bereits am 26. April 1852 zwischen Oesterreich und der schweizer'schen Eidgenossenschaft abgeschlossener Postvertrag erhielt im August v. J. die k. k. österreichische und im October v. J. die schweizer'sche Ratification. Derselbe besteht aus 34 Artikeln, und gewährt schon für sich eine Menge den Correspondenz- und Transportverkehr wesentlich erleichternder Bestimmungen. Nun ist aber auch eine zwischen den Staaten des deutsch-österreich'schen Postvereins einerseits, und der schweizer'schen Eidgenossenschaft andererseits vereinbarte Uebereinkunft hinzuge treten, welche dem oberwähnten Postvertrage als integrierender Theil angehängt, und wodurch ein abgeschlossenes Ganzes gebildet wird. Die Uebereinkunft besteht aus 33 Artikeln. Artikel 2 bestimmt als Tarzgranzpunkte für Oesterreich: Feldkirch, Chiavenna, Camerlata; für Baiern nebst Thurn und Taxis: die Mitte zwischen Lindau und Constanz, und zwischen Basel und Schaffhausen; für Württemberg und Baden die Mitte zwischen Basel und Schaffhausen, Schaffhausen und Constanz, endlich Constanz und Lindau. Von diesen Granzpunkten sollen nach Art. 33 die beiderseitigen Briestaxen in gerader Linie bemessen, und aus dem bekannten Vereinsporto von 3, 6 und 9 kr. C. M., oder 1, 2 und 3 Silbergroschen und dem schweizer'schen Porto zusammengesetzt werden, welches bei einer Entfernung bis zu zehn geographischen Meilen einschließlic 10 Rappen (centimes), über 10 Meilen 20 Rappen zu betragen hat. Unter Festhaltung des Wechselseitigkeitsgrundgesetzes soll jede Ermäßigung, welche der deutsch-österreich'sche Postverein und die schweizer'sche Regierung in ihren Briestportotaxen einzuführen beschließen sollten, auch auf die wechselseitige Correspondenz Anwendung finden.

Wien, 4. Februar. Das k. k. Handelsministerium hat im Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium des Aeußern und dem k. k. Armee-Obercommando beschlossen, die kleine Cabotage-Linie auf den ganzen adriatischen Golf auszudehnen, und die k. k. Central-Seebehörde beauftragt, diese Maßregel einverständlich mit dem k. k. Militärgouvernement in Agram mit aller Beschleunigung in Vollzug zu setzen. Der Tag des Beginnes der Wirksamkeit dieser Maßregel wird in der von der k. k. Central-Seebehörde hierüber zu erlassenden besonderen Kundmachung bekannt gegeben werden.

Die Direction der österr. Donaodampfschiffahrtsgesellschaft hat sich bereit erklärt, die Verladung der für die Münchner Industrie-Ausstellung bestimmten österreichischen Erzeugnisse bis Passau unentgeltlich zu besorgen.

Ihre Majestäten Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria Anna haben auf die ehrfurchtsvolle

Bitte einer ihres Wohlthätigkeitsfinnes halber rühmlichst bekannten Triestiner Dame derselben 1000 fl. GM. zum Besten der von dem hochwürdigen Bischof von Triest vor Kurzem daselbst ins Leben gerufenen Anstalt behufs der Heranbildung weiblicher Dienstboten zu übersenden geruht.

— Die Directionen der austr. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn und der Wien-Raabener Eisenbahn haben die Frachtpreismäßigung von  $\frac{3}{4}$  kr. pr. Centner und Meile für die nach Wien, Prag und Brünn zu befördernden Brotsfrüchte, Korn- und Weizenmehl, dann Erdäpfel und Hülsenfrüchte auf die Dauer bis Ende April 1854 verlängert.

Wien, am 30. Jänner 1854.

— Die „C. Stg.-Corresp.“ schreibt: So viel hier verlautet, begibt sich der kaiserliche Gesandte in Paris, Staatsrath von Kisseff, von dort vor der Hand nach Dresden. Der kaiserl. russ. Gesandte in London, Geheimrath Baron v. Brunnow aber wird hier erwartet.

— Zu Folge einer Eröffnung des hohen Armee-Obercommando's werden absolvirte und gebüßte befähigte Gurschmiede als Escadrons- oder Unterschmiede auf die Dauer der gesetzmäßigen Capitulation aufgenommen, und haben sich deshalb bei dem k. k. Thierarznei-Institutcommando in Wien schriftlich auszuweisen und zu melden.

— Im Saale der Sophieninsel in Prag hat eine erste Reunion zum Besten des Fonds zur Gründung eines böhmischen Nationaltheaters stattgefunden. Der große Saal war mit weißen Battist-Draperien behangen, und mit der in der Mitte eines Blumenbosquets aufgestellten Büste Sr. k. k. apostol. Majestät und mit allegorischen Statuetten geschmückt. Der kleine Saal war gleichfalls im einfachen, jedoch eleganten Styl decorirt; über dem Damentoilettegemach war das gekrönte Porträt Ihrer k. k. Hoh. der durchlauchtigsten Prinzessin Elisabeth sinnig angebracht. Der Besuch der Beseda war zahlreich.

— Am 29. v. Mts. starb zu Venedig im 38sten Lebensjahre der durch mehrfache schriftstellerische Arbeiten, namentlich durch die Ergebnisse der unter seiner Leitung vorgenommenen Ausgrabungen zu Salona rühmlich bekannte Professor am Gymnasium zu Sta. Cattarina in Venedig, Dr. Franz Carrara. Das Studium der Archäologie hat mit ihm den Verlust eines seiner eifrigsten Förderer zu beklagen.

— Aus Brüssel meldet die „Deutsche Volkshalle“ vom 31. Jänner: „Soeben erfahre ich aus bester Quelle, daß der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Belgien zu Stande gekommen und wahrscheinlich noch am heutigen Tage unterzeichnet werden wird.“

## Deutschland.

**Berlin, 1. Februar.** Gleichzeitig mit der neulich erwähnten Instruction über die Braufsichtigung polnischer Flüchtlinge und Ueberläufer ist über die Naturalisation der aus Polen übergekommenen Personen bestimmt worden, daß dieselbe in der Regel von den Regierungen erteilt werden kann. Nur in einzelnen Fällen, insbesondere wenn es sich um die Naturalisation katholischer Geistlichen handelt, ist die Zustimmung des Oberpräsidenten wegen der demselben zustehenden Wahrnehmung des jus circa sacra erforderlich. Bei solchen polnischen Flüchtlingen, welche an der Insurrection von 1830—31 Theil genommen haben, muß die Zustimmung des Ministers des Innern eingeholt werden. Uebrigens ist in Betreff der Flüchtlinge, deren Ausweisung bestimmt ist, den Oberpräsidenten zu Königsberg und Posen vorbehalten, gegen eine von ihnen zu bestimmende bare Caution auf kurze Frist einen ferneren Aufenthalt zu bewilligen. Die hinterlegte Summe kann, wie das „Constitutionnelle Blatt“ hinzufügt, sofort und ohne Weiteres als verfallen erklärt werden, wenn der Flüchtling sich erweislich durch Wort, Schrift oder That an politischen Bestrebungen irgend welcher Art betheiltigt, oder wenn er zur festgesetzten Zeit den Staat nicht verlassen oder vorher sich heimlich entfernt hat.

**Carlsruhe, 28. Jänner.** Nach der „Deutschen Volksh.“ sind die Aussichten zur Beilegung des

Kirchenstreites trüber denn je. Auf das Verlangen der Regierung, die Excommunication ohne alle Zeichen der Reue aufzuheben, könne der hochwürdige Herr Erzbischof nicht eingehen. Die Sendung des geheimen Referendars Junghanns sei in dieser Beziehung mißglückt. Die Regierung weigere sich ferner, die weitere Proposition des Erzbischofs zur Annahme eines Provisoriums, Niederschlagung der Pressprozesse u. s. w., einzugehen und wolle unter Aufhebung der Verordnung vom 7. November und ihrer Konsequenzen bloß die Einstellung der Strafen gegen die Geistlichen rechnen.

Kaplan Wieser, welcher wegen seiner letzten Predigt zu 8 Wochen Kreisgefängniß verurtheilt und sofort zur Antretung dieser Strafe nach Mosbach abgeführt worden war, ist von da bereits wieder nach Heidelberg zurückgekehrt und das Urtheil cassirt.

**Wiesbaden, 27. Jänner.** Die „Frankf. Postzeitung“ veröffentlicht den Hirtenbrief des Bischofs von Limburg (a. d. Vahn), welcher den Widerstand bespricht, den die herzogliche Regierung den von ihm einseitig ernannten Pfarrern entgegenstellt. Wir entnehmen dem Schluß dieses Hirtenbriefes, der noch strengere Maßregeln, als sie der Erzbischof von Freiburg anwendete, in Aussicht stellt — er bedroht auch die gewöhnlichen Laien mit der großen Excommunication — folgende Stellen:

„Zuvörderst nun haben Wir zu Euch zu reden, Geliebte, die Ihr jenen Pfarreien angehört, welche Wir kürzlich besetzt haben. Ihr wißt es, daß, wie nur derjenige kein Dieb und Räuber, sondern ein wirklicherhirt ist, der durch die Thüre eingetritt in den Schafstall, so auch nur allein der Euer wahrer und rechtmäßiger Pfarrer ist, den Euch Christus der Herr durch Euren Bischof zusendet, und daß daran kein weltlicher Beamter etwas ändern kann. Ihr werdet daher den Euch von Uns gesetzten Pfarrern stets und überall als gute Pfarrkinder den schuldigen Gehorsam leisten und eingedenk des Wortes der heiligen Schrift, daß, wer dem Altare dient, auch vom Altare leben soll, diesen Euren Pfarrern und nicht den herzoglichen Recepturen dasjenige entrichten, was Eure frommen Vorfahren oder andere Wohlthäter für die Pfarreien gestiftet haben und was den rechtmäßigen Pfarrern gebührt. Wolltet Ihr anders handeln, z. B. Pfarrgut von der herzoglichen Receptur und nicht vom Pfarrer pachten, Pfarrcapitalzinsen und Pachtgelder an jene und nicht an diesen bezahlen, Pfarrfrüchte von jener und nicht von diesem kaufen; wolltet Ihr irgend etwas der Art freiwillig thun — und so dazu beistimmen und mitwirken, daß die Einkünfte der Pfarrei nicht dem Pfarrer zufließen, so würdet Ihr der Gnadengemeinschaft der Kirche verlustig gehen, keine Kinder dieser heiligen Mutter mehr sein, sondern dem großen Kirchenbann verfallen, den die letzte allgemeine Kirchensammlung zu Trient in ihrer 22. Sitzung, 11. Hauptstück (von der Verbesserung) gegen alle jene, welche Kirchengut an sich reißen oder hindern, daß dasselbe dem dazu Berechtigten zu Theil werde, ausgesprochen hat und von dem nur der Papsst losprechen kann. — — —

Wir leben der Zuversicht, daß unser gnädigster Herzog in hochherzigem Entschlusse das thun werde, was sein durchlauchtigster Ahnherr Friedrich Wilhelm dem letzten Erzbischof von Trier, Clemens Wenzeslaus, durch ein Schreiben vom 15. Jänner 1803 versprochen hat, nämlich: „Die Ausübung des bischöflichen Amtes nach Maßgabe des anerkannten Staats- und Kirchenrechts nicht zu hindern und in Allem, was die Erhaltung der Religion und der Kirche, sowie die Rechte der Geistlichkeit betreffe, den richtigen Bestimmungen des westphälischen Friedens und des Reichsdeputationshauptschlusses sich nicht zu entziehen!“

## Frankreich.

**Paris, 31. Jänner.** Einem Artikel des „Pays“ entnehmen wir die nachfolgende Stelle:

„Von ihrer ausdauernden Haltung, von ihrem entschiedenen Willen werden weder Frankreich noch England jetzt abgehen. Wozu bedarf es neuer Erklärungen? Wozu führt es, Rußland gegenüber oft Gesagtes zu wiederholen? Wozu nach dem so kla-

ren und ausdrucksvollen Circular des Herrn Drouyn de Lhuys noch ein Mal den Zweck und die Absicht des Einlaufens der Flotten in's schwarze Meer auseinanderzusetzen?

Man weiß, daß die aufrichtigen Verbündeten der Türkei auf ihren früheren Erklärungen beharren werden; man weiß, daß die Thronrede der Königin von England die Bestätigung der bis jetzt eingehaltenen Politik sein wird.

Ueber diesen Punct ist weder ein Zweifel noch eine Zögerung möglich.

Eben so wenig kann es solche im Hinblick auf die unmittelbaren Folgen des Einlaufens der Flotten in's schwarze Meer geben. Wir glauben nicht an die Möglichkeit einer jetzigen Collision zwischen den anglo-französischen und den russischen Kriegsschiffen. Von unserer Seite aus wird es gewiß nicht zum Kampfe kommen. Als unsere Admirale in's schwarze Meer einführten, geschah dieß unter der Weisung, jeden Anlaß zu einem Conflict zu vermeiden; sie werden die Streitkräfte Rußlands zur See nicht herausfordern, sie werden die Türkei gegen neue Angriffe schützen, oder vielmehr der Neutralität des schwarzen Meeres Achtung verschaffen. Eben so wenig als den Türken werden sie aber den Russen die friedliche Beschiffung dieses Meeres wehren; unsere Kriegsschiffe salutiren, wie sich dieß laut der neuesten Berichte bereits ergeben hat, die russischen Fahrzeuge, wenn sie denselben begegnen und diese erwidern die Begrüßung.

Um die Möglichkeit einer Collision anzunehmen, müßte man auch annehmen, daß die russische Flotte irgend einen Punct des türkischen Gebiets bedrohen oder angreifen werde. Dieß wird sie aber gewiß nicht thun, vielleicht aus Klugheit, aber auch weil die Voraussetzung moralisch unmöglich ist, daß Rußland in dem Augenblicke, in welchem es von Frankreich und England über die Anwesenheit ihrer Schiffe im schwarzen Meere Erklärungen verlangt, von denen, wie das „Journ. de St. Petersbourg“ sagt, „seine weitere Haltung abhängen wird,“ daß Rußland, sagen wir, Befehle gegeben haben sollte, die ihrer Natur nach eine Collision zwischen den beiden Geschwadern herbeiführen könnten.

Auch über diesen Punct kann nichts Neues gesagt werden. Mit Ausnahme der von Elementarer eignissen abhängigen Zufälligkeiten kann nichts Ernstes auf dem schwarzen Meere vorgehen; dort ist der Krieg nicht erklärt und die Anwesenheit der anglo-französischen Geschwader daselbst ist selbst eine Garantie gegen die Hypothese eines abermaligen Kampfes zur See zwischen Rußland und der Türkei.

Die eigentliche Frage liegt jetzt anderwärts; nach unserm Dafürhalten liegt sie einzig und allein in der definitiven Haltung, welche die deutschen Staaten annehmen werden.“

Das „Pays“ spricht hier, wie man sieht, ausdrücklich von der bei dem Einlaufen der Flotten ergangenen Weisung an die Admirale, jeden Anlaß zu einem Conflict zu vermeiden.

Diese Aeußerung des vertrauten Blattes der französischen Regierung stimmt nicht mit einer Ausgabe des vertrauten Blattes der englischen Regierung überein. Die „Times“ sagt: „Es mag bemerkenswerth sein, daß, als die vereinigten Flotten am 4. Jänner ihren Ankergrund im Bosphorus verließen, sie gemäß den von den Admiralen erhaltenen Weisungen, ausgesegelt, um einen etwaigen neuen Angriff der russischen Flotte auf die türkischen Küsten zu verhüten. Aber damals war in Constantinopel die später abgesandte Ordre noch nicht angekommen, welche den Flotten aufträgt, alle russischen Kreuzer im schwarzen Meere zur Rückkehr nach Sebastopol aufzufordern. Diese Ordre kam in Constantinopel erst am 12. Jänner an und wurde den Flotten sofort durch den französischen Dampfer „Gaton“ zugesandt, der vermuthlich die Admirale am 15. auf der Rhede von Sinope fand. Durch diese nachträglichen Weisungen sind die Flotten ermächtigt, mit größerer Energie gegen alle russischen Kreuzer, denen sie begegnen, zu verfahren und sie in jedem Falle nach Sebastopol zurückzusenden.“

**Paris, 1. Februar.** Die „Assembl. National“ schreibt: Alle Aufmerksamkeit richtet sich auf die

Rede J. M. der Königin von England und auf die Antwort, welche die Cabinete von Paris und London auf das Begehren Russlands nach Erklärungen geben werden. Jetzt muß diese Antwort bereits erfolgt sein und wir müssen ihre Wirkung baldigst erforschen. Wir glauben jetzt schon mit Bestimmtheit mittheilen zu können, daß der russische Gesandte schon gestern Abends seine Pässe verlangt hat, die ihm ohne Zweifel erst Morgen werden ausgefolgt werden. Man versichert, daß Herr v. Kisseleff noch heute Abend auf dem Ball in den Tuilerien erscheinen und diesen Anlaß benutzen wird, um sich von Ihren Majestäten zu beurlauben; die in Paris befindlichen russischen Unterthanen haben die Weisung erhalten, sich zur Abreise anzuschicken.

Der „Constitutionnel“ nennt den Ton der englischen Thronrede würdig, fest und klug. In jedem Falle gebe aus derselben hervor, daß in London wie in Paris alle Wünsche auf den Frieden gerichtet seien. Die Rede constatire, daß die bis jetzt unfruchtbaren Unterhandlungen noch fortgesetzt würden, die Hoffnung auf ein Gelingen sei daher noch nicht definitiv verloren.

### Großbritannien und Irland.

**London, 31. Jänner.** Der „Herald“ meldet: Gestern Abend gingen wichtige Regierungsdepeschen an unsern Gesandten in Constantinopel und den Oberbefehlshaber der Flotte ab. Sie enthalten die amtliche Antwort auf die formelle Anfrage Russlands über den Grund der Flotten-Einfahrt ins schwarze Meer. Mr. Tucker, der Ueberbringer der Depeschen, geht unverweilt nach Marseille, und von dort auf dem Expressdampfsboot „Garadoc“ nach dem Bosporus.

„Endlich — so schreibt die „engl. G.“ — hat die Friedensgesellschaft von den orientalischen Wirren Notiz genommen und den löblichen Entschluß gefaßt, die Welt zu retten. Eine Friedensdeputation ist vor Kurzem von hier nach St. Petersburg abgereist, um ihre schiedsrichterliche Vermittlung anzubieten. Sie besteht aus den Herren Joseph Sturge aus Birmingham, Henry Pease aus Darlington u. einem Gentleman aus Bristol, dessen Namen unbekannt ist. Sie sollen eine ganze Schiffsladung von Mr. Eliza Barrits superfeinen „Olivenblättern“ mit sich führen.“

**London, 4. Februar.** Die „Inped. Belge“ vom 2. d. bringt folgenden Auszug der Adressberatung und ersten Debatte im englischen Parlament. Gestern erhielten wir auf außerordentlichem Wege Kunde von diesen Debatten. Nach einigen Betrachtungen über die in der Thronrede angekündigten Vorschläge einer Wahlreform und über die Angriffe der englischen Presse, denen Prinz Albert ausgesetzt war, und deren Beachtung die Mitglieder aller Parteien zurückgewiesen, besprach die Discussion ausschließlich die orientalischen Angelegenheiten.

Die Haltung der Regierung wurde als eine energisch heftige im Hause der Lords vom Marquis Clarinard und Graf Derby, im Unterhause von Bailliu und d'Israeli angegriffen, vertheidigt im ersten Hause von Lord Aberdeen, dem Premier, und von Lord Clarendon, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, im zweiten von Lord John Russell. Dieser Letztere war der gemäßigteste aller Mitglieder der Regierung. Er verhehlte nicht, daß keine großen Hoffnungen seien von den Verhandlungen, die sich noch forspinnen; er sprach sehr entschieden aus, daß sich Frankreich und England von Russland nicht werde beirren lassen, daß, wenn diese Macht zaudere, um sich zu rüsten, sie die beiden Westmächte nicht minder vorbereitet finden werde.

Dieses ist der wahre Ausdruck der Sachlage und nicht die Friedenshoffnung, die sich in der Thronrede der Königin von England findet, und welche natürlich auch einen Wiederhall finden mußte in den Verhandlungen beider Kammern.

Eine Pariser Correspondenz dieses Blattes vom 1. Februar meldet: Der Krieg ist entschieden gewiß (?), die Thatsache steht fest. Heute zwischen 2 und 3 Uhr hat Drouin de L'Hays auf die Anfordernung des Herrn von Kisseleff eine bestimmte Erklärung gegeben, die nicht friedlich lautet:

„Öffentliches Aufgeben der Schutzherrschaft in der Türkei, Dessuen des schwarzen Meeres von Seite

Russlands, mit einem Wort, Forderungen, die der Czar nie zugestehen wird.“

Herr v. Kisseleff wird diesen Abend seine Pässe nehmen, um Morgen Paris zu verlassen. Man versichert, daß er ein Rundschreiben an seine in Paris wohnenden Landsleute erlassen habe, welches ohne Verzug ihnen abzureisen befiehlt.

Bei der Regierung beräth man die Art, wie eine feierliche öffentliche Erklärung (die vielleicht morgen im „Moniteur“ erscheinen wird) abgefaßt werden soll, eine Erklärung, daß man keine Eroberung machen, daß man keinen Zoll breit Land gewinnen wolle, wohl aber das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten suche u. s. w.

### Spanien.

**Madrid, 24. Jänner.** Der General O'Donnell hält sich verborgen. Es hieß, er habe sich in das Hotel des englischen Gesandten geflüchtet, aber das Gerücht hat sich als vollkommen grundlos erwiesen.

Die Nachrichten aus Cuba reichen bis zum 29. December. Es herrschte vollkommene Ruhe auf der Insel. Der neue Generalcapitän, General Pezuela, hat eine Proclamation an die Einwohner erlassen, in welcher er seinen festen Entschluß zu erkennen gibt, durch alle ihm zu Gebote stehende Mittel den Sklavenhandel zu unterdrücken. Er erklärt zu gleicher Zeit, daß es seine Absicht sei, die Einwanderung asiatischer und europäischer Colonisten auf alle mögliche Weise begünstigen zu wollen.

„Spanien,“ — so schreibt der „Constitutionnel,“ — „ist gegenwärtig der Schauplatz von bedeutenden Ereignissen. Als das Ministerium die Cortes suspendirte, sahen wir voraus, daß diese notwendig gewordene Maßregel nur der Vorläufer noch energischerer Schritte sein würde. Diese Schritte hätten ohne Zweifel vermieden werden können, wenn die Majorität des Senats patriotischere Gesinnungen gehegt und ihre Leidenschaften dem Wohle des Landes zum Opfer gebracht hätte. Hingerissen aber auf den verderblichen Abhang einer durch ehrsüchtige Führer systematisch betriebenen und persönlich gewordenen Opposition scheint diese Majorität den Versöhnungsversuchen der einflussreichsten Mitglieder des Cabinetes entschiedenen Widerstand geleistet zu haben.“

Darum beginnen auch die energischen, in Folge einer Erkrankung des Ministerpräsidenten hinaus geschobenen Entschließungen verwirklicht zu werden. Schon wissen wir, daß die Regierung mehrere Generale, die an der Spitze der Opposition standen, aus jener Stadt entfernt hat. Diese Generale sind nicht, wie man erzählte, in's Exil, sondern Bestimmungen zugewiesen worden, durch welche sie in großer Entfernung von der Hauptstadt an verschiedenen Punkten zerstreut sind. Es hat diese Maßregel den alleinigen Zweck, den Zusammenhalt der Opposition zu lösen, indem deren heftigste und eifrigste Mitglieder zerstreut und in die materielle Unmöglichkeit versetzt werden, sich zu einer gemeinschaftlichen, dem Cabinet hindernisse in den Weg legenden Handlung zu verständigen.

Es geht aus diesen Beschlüssen des Ministeriums deutlich hervor, daß es in seinen Annäherungsversuchen an die Opposition des Senats scheiterte und seine Bemühungen die von ihm schuldlich gewünschte Versöhnung nicht herbeizuführen vermochten.

Man weiß, wohin es mit Regierungen kommt, die aus sträflicher Schwäche oder blinder Nachgiebigkeit es dulden, daß Beamte, deren Weisheit ihnen gebührt, sich ihnen als Gegner gegenüber stellen, sie in den öffentlichen Blättern angreifen oder durch Intriguen ruiniren. Geschwächt, der Achtung verlustig geworden, werden sie bald von einigen Ehrgeizigen dominiert, die ihnen eine Concession nach der andern entreißen und sie ihrem Sturze zuführen.

Die spanische Regierung ist sich ihrer Größe und Würde zu sehr bewußt, sie besitzt zu sehr das Gefühl ihrer Interessen und ihrer Erhaltung, als daß sie eine Opposition, der innere Größe entgeht, die der Bevölkerung verhaßt und den öffentlichen Interessen nachtheilig ist, strafflos anwachsen lassen könnte. Im Geiste der öffentlichen Meinung und auf

das Volk gestützt, hat sie beschlossen, durch ihre Energie und ihren Patriotismus die Berechnungen und Pläne einer Cortee von Ehrgeizigen zu vereiteln, welche den Credit, den Einfluß und die Autorität ihrer Stellung gegen dieselbe Gewalt gebrauchten, der sie eben diese Stellung verdankten.

Die Absetzung der mit der Opposition im Senate votirenden hohen Würdenträger ist, so wie der mehreren Generalen ertheilte Befehl, sich theils nach Majorca, theils nach den kanarischen Inseln zu begeben, nur der Vorläufer weiterer, entscheidenderer und energischerer Schritte. Wenn unseren Madrider Correspondenzen Glauben beigegeben werden kann, so ist ein Plan im Werke, der von der Bevölkerung welche der unfruchtbaren Kämpfe und der parlamentarischen Revolutionen müde geworden ist, freudig begrüßt wird. Diesem Plane zu Folge würde die Regierung das nach den Normen der gegenwärtigen Versassung gewählte Parlament auflösen und constituirende, aus einer Wahlkammer bestehende Cortes einberufen.

Vor dieser Nationalrepräsentation würde das gegenwärtige Ministerium sodann die Beweggründe seines Verfahrens auseinandersetzen und im Namen der Königin den Plan zu Reformen vorlegen, die in diese unglückselige Versassung, mit der noch kein Ministerium seit ihrem Bestande zu gehen vermochte, eingeführt werden sollen.“

Man sieht, daß es sich in keiner Weise um einen Staatsstreich, sondern um eine Reform der Verfassung handelt, eine Reform, die notwendig ist, wenn die vom Joche der Ehrgeizigen befreite Thätigkeit der Regierung ohne Hemmnis fruchtbringend sich bewegen soll. Diese Reform liegt im Interesse des Volkes und in den Wünschen des Landes, da durch sie allein Spanien eine weise, dauerhafte, thätige, fruchtbringende Administration erhalten wird, eine Administration, durch welche allein das Land schneller Fortschritte und gewünschter Wohlfahrt theilhaftig werden kann.

### Portugal.

**Lissabon, 19. Jänner.** Vorgestern traf der englische Kriegsdampfer „Baushee“ mit Depeschen für den britischen Admiral ein, und sofort erging an das britische Geschwader der Befehl, in See zu stechen. Die Bestimmung von Admiral Corry's Geschwader ist noch nicht bekannt; der „Baushee“ sollte in's Mittelmeer gehen.

### Schweden.

Der Antrag der Regierung auf eine Extrabewilligung für die Rüstungen ist von allen 4 Ständen (im Bürgerstande erst nach einer langen und lebhaften Debatte) angenommen worden.

Wie aus Stockholm, 26. Jänner, geschrieben wird, haben Mitglieder des schwedischen Ritterhauses die Eisenbahnen für „unpassende Dinge“ in Schweden erklärt, und das Ritterhaus hat diesen Anspruch zu dem seiner Gesamtheit erhoben. Der frühere Minister von Hartmannsdorf meinte, „die Eisenbahnen bedröckerten die Revolution und die Unruhen, und es sei ein seltsam Ding, daß der Staat diese Schienen lege, und daß er damit in Gefahr komme, den Trojanern verglichen zu werden, welche das eberne Roß der Achäer und die in seinem Bauhe versteckten Feinde jubelnd in das Thor gezogen!“ Er schloß seine Philippica mit den Worten: „Ich will, so lange ich lebe, nichts mehr von Eisenbahnen hören!“ Es sind übrigens Anzeichen dafür vorhanden, daß Priesterband dem Vorgange des Ritterhauses, wenn nicht als Gesamtheit, so doch in der Majorität seine Bewilligung decretiren wird.

(Grazer Stg.)

### Telegraphische Depeschen.

\* **London, 4. Februar.** Gestern Abends kündigte Lord Claurinard im Oberhause die Anmeldung der kategorischen Anfrage für Montag an, ob die Situation Kriegs- oder Friedensausichten darbiete. Hr. v. Brunnow befindet sich noch hier; doch wird dessen baldige Abreise erwartet. Ein Comitébericht der Ingenieure erklärt, daß die Postdampfer der peninsularischen, orientalischen und westindischen Dampfschiffahrtsgesellschaft zu Kriegszwecken brauchbar seien. In Irland findet die Rekrutierung bereits Statt.

\* **Neapel, 30. Jänner.** Schiffe aus dem schwarzen Meere werden, da der Gesundheitszustand in Odessa sich jetzt befriedigend darstellt, wieder zur freien Pratica zugelassen.

\* **Turin, 2. Februar.** Silvio Pellico ist vorgestern hier gestorben.

